

# Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für  
Soziales, Wohnungswesen,  
Demografie und Gleichstellung von  
Frau und Mann

27.04.2023



# Inhaltsverzeichnis

## Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)	5
2023_04_27_Teilnahmeverzeichnis	15
Anlage_1_Antrag_Einrichtung_Runder_Tisch	19
Anlage_2_Gesprächsnotiz zur Standortfrage 10+1(Obst)-Bäume	21
Anlage_3_Antrag_Donum_vitae	23



**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum

**31.05.2023**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stabsstelle Gleichstellungsstelle**

Schriefführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Donnerstag, 27.04.2023**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:10 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 23.02.2023  
0203/2023**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Gleichstellungsplan 2023 - 2028 einschließlich Bericht zum Gleichstellungsplan 2017 - 2022**  
*0193/2023*
- 7 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7.1 Sachstandsbericht zur Bürgersprechstunde des Integrationsrats**  
*0187/2023*
- 7.2 Entsendung eines Integrationsratsmitglied in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**  
*0200/2023*
- 7.3 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Projekts "10+1 Bäume"**  
*0220/2023*
- 8 Positionspapier zum Zandersareal**  
*0085/2023*
- 9 Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**  
*0199/2023*
- 11 Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Gabriele von Berg eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob es zur Niederschrift – öffentlicher Teil – Einwände oder Anmerkungen gebe.

Frau Klupp bedankt sich bei der Verwaltung für die Antwort zur Anfrage aus der Sitzung vom 23.02.2023 zur öffentlichen „netten Toilette“ und hofft auf eine baldige Entscheidung, wie sich verwaltungsintern weiter abgestimmt werde.

Des Weiteren fragt sie nach, ob der Brief des Vereins „Die Platte e.V.“ zwischenzeitlich an Frau Engelberth weitergeleitet wurde.

Frau Engelberth erklärt dazu, dass der Brief noch nicht vorliegen würde, was aber auch nicht erforderlich sei. Sie habe sich nach der letzten Sitzung mit Herrn Bollen abgestimmt und dieser wollte Kontakt zum Verein „Die Platte e.V.“ aufnehmen. Sie werde im weiteren Verlauf der Sitzung noch berichten.

Weitere Anmerkungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift gab es nicht und somit gilt der öffentliche Teil der Niederschrift zur Sitzung am 23.02.2023 als genehmigt.

**Die Abstimmung erfolgte einstimmig bei einer Enthaltung durch die CDU-Fraktion.**

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 23.02.2023

0203/2023

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau von Berg teilt mit, dass die folgenden Unterlagen auf den Tischen der Ausschussmitglieder verteilt wurden:

1. Der „neue“ Entwurf des Gleichstellungsplans in gebundener Form und ansprechendem Layout, aber ohne inhaltliche Änderungen.

2. Zu TOP 7 wurde die Beschlussvorlage, die im Integrationsrat vorberaten wurde, geändert, da sich ein Fehlerteufel eingeschlichen hatte. Da sich die Einladung für den ASWDG bereits im Druck befand, liegt die neu erstellte Vorlage in geänderter Form auf den Tischen für die Ausschussmitglieder bereit.

3. In der Sitzung des Integrationsrates wurde der Antrag zur Einrichtung eines „Runden Tisches für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ gestellt und dort einstimmig beschlossen. Dieser Antrag wurde zur weiteren Abstimmung an den ASWDG weitergeleitet. Die Verwaltung wird vorerst mündlich zum Antrag Stellung nehmen.

4. Protokoll zum Gespräch Standortsuche für das Projekt 10+1 (Obst)-Bäume zum Gedenken an die NSU-Opfer

## **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Migenda nimmt zum Antrag aus dem Integrationsrat „Runder Tisch“ Stellung (Antrag ist der Niederschrift beigegefügt):

Er sehe hier einen weitreichenderen Antrag, als dieser mündlich in der letzten Sitzung des ASWDG vom 23.02.2023 gestellt wurde. Hier gehe es nicht nur um die Unterbringung von Flüchtlingen, sondern auch darum, die geflüchteten Menschen in das weitere gesellschaftliche und soziale Leben zu integrieren. Herr Migenda greift noch einmal seine Aussage aus der letzten Sitzung auf, dass ihm sehr wohl daran gelegen sei, sich auszutauschen, aber er dann auch gerne etwas an der Hand habe.

Nach vorheriger Rücksprache mit Frau Opiela (CDU) und Frau Holz-Schöttler (SPD) teilt Herr Migenda in der Sitzung mit, dass er den Bereich des Runden Tisches an dem die Verwaltung zurzeit mitwirken könne, abgrenze zu dem, was im Antrag des Integrationsrates gefordert werde. Hier seien zunächst noch weitere Abstimmungen erforderlich, damit in absehbarer Zeit ein Runder Tisch gegründet werden könne, der sich primär mit der Unterbringung von Kriegsvertriebenen und Flüchtlingen beschäftige. So werden zurzeit von der Verwaltung bestimmte Punkte aufbereitet und geprüft. Unter anderem werden Grundstücke identifiziert, die sich zur Unterbringung und dem Bau von neuem Wohnraum, in dem Flüchtlinge auch dauerhaft untergebracht werden können, eignen. Des Weiteren werden Flächen identifiziert, die sich für den Bau von KiTas und Schulen sowie OGS anbieten.

Für die weitreichenden Forderungen im Antrag fehlen der Verwaltung zurzeit auf Grund der Fülle an Aufgaben einfach die personellen Ressourcen und Kapazitäten und deshalb könne Herr Migenda eine zeitnahe Mitarbeit nicht in Aussicht stellen. Er bittet hier um Verständnis. Nichtsdestotrotz werde die Verwaltung das Anliegen nicht aus dem Blick verlieren und auf das Thema im Ausschuss zurückkommen, sobald man hier verbindliche Aussagen treffen könne.

Frau Engelberth gibt weitere Infos zum Stärkungspakt NRW:

Sowohl die Stadt Bergisch Gladbach als auch der Rheinisch-Bergische Kreis sowie andere kreisangehörige Kommunen haben Mittel aus dem „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“ bekommen. Hier gebe es verschiedene Zielsetzungen, u. a. sollen die Träger und Einrichtungen der sozialen Struktur gestärkt und unterstützt werden. Diese sollen nach vorheriger Bedarfsanmeldung Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Dazu können Infos auf der Homepage des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach eingesehen und die Bedarfe angemeldet werden. Es dürfen keine Bedarfe angemeldet werden, die bereits durch Drittmittel abgedeckt sind. Es müssen Kostensteigerungen oder neue Aufwendungen sein, die z. B. durch die Energiekrise entstanden sind oder im Kontext dazu zu betrachten sind. Hierunter könnte auch der Bedarf des Vereins „Die Platte e.V.“ fallen, der unbedingt – wie andere Einrichtungen und Träger auch – seine Bedarfe geltend machen soll. Federführend für die Bedarfsanmeldung sei der Kreis. Auf der Homepage finde man alle Informationen. Die Träger sollen aktiv angesprochen werden. Ein öffentlicher Förderaufruf wurde bereits gestartet. Stichtag sei der 14.05.2023 zur Bedarfsanmeldung mit Begründung.

Frau Mehls fragt nach, wie die Träger von sozialen Einrichtungen über die Förderung informiert werden.

Frau Engelberth antwortet dazu, dass ein öffentlicher Förderaufruf gestartet sei. Hierauf haben sich die Kommunen geeinigt. Aber natürlich können und werden auch die der Stadt bekannten Träger persönlich informiert; die Mitglieder des Ausschusses werden gebeten, ihnen bekannte Träger und Einrichtungen zu informieren. Zeitgleich soll auch eine Pressemitteilung über den Aufruf informieren.

Herr Klaas fragt nach, ob nach Beendigung der Verteilung der Fördermittel eine Liste erstellt werden könne, welche Träger und Organisationen Mittel beantragt haben und ob diese Gelder alle ausgezahlt werden konnten.

Frau Engelberth teilt dazu mit, dass auf jeden Fall in der Sitzung nach den Sommerferien darüber berichtet wird.

## **6. Gleichstellungsplan 2023 - 2028 einschließlich Bericht zum Gleichstellungsplan 2017 - 2022** *0193/2023*

Da der Entwurf des neuen Gleichstellungsplans den Ausschussmitgliedern vorliegt, stellt Frau Klaußen nur kurz die Ziele des neuen Gleichstellungsplans vor, die sich in drei große Bereiche und die zugehörigen Handlungsfelder unterteilen:

1. **Erhöhung des Frauenanteils in unterrepräsentierten Bereichen**
  - a) Erhöhung der Quote in den unterrepräsentierten Bereichen
  - b) Führung in Teilzeit – Top Sharing
  - c) Mehr Frauen in Führungspositionen
  
2. **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien und Beruf**
  - a) Flexibilisierung der Arbeitszeit
  - b) Verbesserung der Kinderbetreuung
  - c) Ausbau von Homeoffice und mobilem Arbeiten
  - d) Verbesserung der Information in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflege
  - e) Gleichmäßigere Verteilung der Kinderbetreuung/Mehr Väter in Elternzeit
  - f) Teilzeitbeschäftigung anders ermöglichen
  
3. **Förderung der Gleichstellung – diskriminierungsfreies Arbeiten**
  - a) Sexueller Belästigung am Arbeitsplatz entgegenwirken und verhindern
  - b) Selbstbestimmtes Arbeiten

Zu Punkt 1 a) weist Frau Klaußen daraufhin, dass Frauen immer noch stark in den technischen Bereichen unterrepräsentiert sind und weist in diesem Zusammenhang auf den Girls-Day hin, bei dem sich über 50 Mädchen im Alter von 12 – 15 Jahren für technische Berufe interessiert haben und in verschiedenen Bereichen, z. B. Feuerwehr, Umweltschutz teilgenommen haben. Hier müsse stärker geworben werden. So sei Frau Klaußen im Austausch mit der Feuerwehr, weitere Aspekte bei der Auswahl zu erarbeiten.

Zu Punkt 1 c) weist Frau Klaußen darauf hin, dass bei der Stadtverwaltung auf allen Führungsebenen die Quoten nicht erreicht sind, auch wenn sich bei den Abteilungsleitungen sowie Sachgebietsleitungen die Quoten mit 39,6 % bzw. 48,44 % verbessert haben. Die Maßnahmen die hier ergriffen werden sollen, sind die Einführung eines Top Sharing, also das Führen in Teilzeit sowie gezieltere Ansprache von Frauen in den Stellenausschreibungen, da Frauen sich von anderen Kriterien angesprochen fühlen als Männer.

Im zweiten großen Zielfeld geht es um die Schaffung von Rahmenbedingungen und Strukturen, die es Frauen ermöglichen, wieder in den Beruf zurückzukehren und ihren Job nicht nur in Teilzeit auszuüben. Denn es sei klar, dass Frauen, die nur in Teilzeit arbeiten in die Altersarmut abrutschen können. Dazu gehören z.B. die Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsortes, hier seien in der Corona-Pandemie gute Erfahrungen gemacht worden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Die ebenfalls guten Erfahrungen mit dem Projekt „Väter in

Elternzeit“ sollen genutzt werden, um mehr Väter zur Elternzeit zu bewegen. Hier sollen Austauschformen geschaffen werden, um die guten Erfahrungen der Väter publik zu machen und dadurch mehr Väter zu längerer Elternzeit zu bewegen. Ein großes Anliegen sei Frau Klauen die Verbesserung der Kinderbetreuung. Hier solle durch eine Mitarbeiterbefragung eine Bestandsaufnahme erfolgen, wo es an Kinderbetreuung fehle, welche Zeiten müssten abgedeckt werden, welche Formen können sich die Mitarbeitenden vorstellen. Aus dieser Auswertung sollen dann die im Gleichstellungsplan genannten Maßnahmen oder auch andere Maßnahmen abgeleitet werden um die Kinderbetreuung sicherzustellen. Ohne eine ausreichende Kinderbetreuung ist es für Frauen sehr schwierig in den Beruf zurückzukehren und die Arbeit auszuüben. Frau Klauen halte es hier für wichtig, dass die Arbeitgeberin hier ein Benefit schaffe um im Sinne einer Arbeitgebermarke attraktiv zu werden und zu bleiben. Als weiteres Handlungsfeld solle eine Informationsplattform geschaffen werden, für Mitarbeitende, deren Lebenssituation sich plötzlich ändere, z.B. werdende Eltern oder auch für Kolleginnen und Kollegen, deren Angehörige plötzlich pflegebedürftig werden. Auch dies seien Bereiche, von denen Frauen durchaus öfter betroffen sind und diese Felder neben dem Beruf abdecken würden. Hier sollen Ansprechpersonen als Familien-, und Pflegeeltern Hilfestellungen geben. Zu guter Letzt soll Teilzeit anders ermöglicht werden und Teilzeit auch in Bereichen geschaffen werden, wo bisher gesagt wurde, dass dies nicht möglich sei, das es feste Arbeitszeiten gebe.

Das dritte Zielfeld, das diskriminierungsfreie Arbeiten sei aus Sicht von Frau Klauen ein Zielfeld, was durch die Unterzeichnung der Istanbul-Konvention bedingt sei. Hier werden zwei Ziele genannt: Zum einen, sexueller Belästigung am Arbeitsplatz entgegenzuwirken. Hierbei handelt es sich um eine Präventivmaßnahme. Hier solle etwas zur Bewusstmachung getan werden unter dem Motto: „Wie verhalte ich mich diskriminierungs- und gewaltfrei meinen Kolleginnen und Kollegen gegenüber.“ Es ist ein Handlungsleitfaden entstanden, der aufzeigt, wo sich Personen hinwenden können, wenn ihnen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz widerfahren ist. Hier findet Frau Klauen besonders gut gelungen, dass zum einen alle Ansprechpersonen innerhalb der Verwaltung aufgenommen wurden, z.B. der Personalrat, die Ansprechperson nach AGG, die Gleichstellungsbeauftragte sowie die Führungskräfte, aber auch außerhalb der Verwaltung Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Frauen können sich an den Verein Frauen stärken Frauen e.V., Fachberatungsstelle wenden und für Männer stehe der SKM in Köln zur Verfügung. Zum anderen enthält das Zielfeld das Ziel „selbstbestimmtes Arbeiten“. Dieses befasst sich mit der Bekämpfung und Abwehr struktureller Gewalt und soll Frauen durch Empowerment und Selbstverteidigung stärken.

Frau Stauer teilt mit, dass die Durchsetzung des Top Sharing ein großes Ziel sei, womit ein Kulturwandel einher gehen würde. Sie wisse aus vielen Firmen, dass es dort noch nicht vorstellbar sei, Top Sharing anzubieten, da man der Meinung sei, dass es im operativen Geschäft nur Nachteile geben würde. Wenn dies der Verwaltung gelingen würde, wäre das ein modellhafter Erfolg, der heftig beworben werden müsse, da hier noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei.

Frau Mehls fragt nach, ob es bei Kündigungen durch Frauen Erhebungen gebe, warum diese die Verwaltung verlassen würden.

Frau Klauen teilt dazu mit, dass es keine systematischen Auswertungen gebe. Aber Frau Klauen spreche mit den Betroffenen, um herauszufinden, ob es betriebsbedingte Probleme, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gebe, oder ob es sich um Standort-bedingte Kündigungen handeln würde. Sollte es gewünscht sein, hier eine Auswertung zu erheben, wäre sie bereit, diese unter Nutzung der neuen Software zu erstellen.

Herr Hildner fragt nach, ob für die Kinderbetreuung der städtischen Mitarbeitenden statt nur Belegplätze nicht über eine Betriebs-KiTa nachgedacht werden solle. Diese müsse nicht in Trägerschaft der Stadt sein, aber für den Großteil der Beschäftigten Plätze vorhalten.

Frau Klupp bedankt sich für den guten Gleichstellungsplan und wünscht gutes Gelingen bei der Umsetzung. Sie erfragt, ob es bereits KiTa-Plätze für städtische Mitarbeitende geben würde. Des Weiteren merkt Sie an, dass die Umsetzung von Eltern-Kind-Büros für Notfälle eine tolle Maßnahme sei. Auch finde Sie es traurig, dass immer noch sehr wenige Frauen in der

Führungsspitze vorhanden seien und merkt an, dass auch die Politik hier gefordert sei, da auch die Verwaltungsspitze ausschließlich männlich besetzt sei. Abschließend erfragt sie, ob es noch ein Bewerbungstraining für Frauen geben würde.

Frau Klößen merkt dazu an, dass es Bestandteil des Gleichstellungsplans sei, gezielte Trainings für Frauen innerhalb der Verwaltung anzubieten, um deren Standing und Präsentation zu verbessern. Die Maßnahme die Frau Klupp anspreche sei eine Maßnahme für Bürgerinnen gewesen. Diese könne gerne wiederholt werden, wäre aber keine Maßnahme des Gleichstellungsplans. Zu den Belegplätzen teilt Frau Klößen mit, dass es fünf Stück gebe und hier mit einer Bestandsaufnahme begonnen werde, wie werden diese Plätze genutzt und welche Unterstützungsmöglichkeiten junge Familien brauchen, etc.

Die Anmerkung von Herrn Hildner, eine eigene KiTa mitzudenken, nehme Frau Klößen als eine von vielen Möglichkeiten der Kinderbetreuung auf. Sie gebe aber zu bedenken, dass die Gleichstellungsbeauftragte keine eigene KiTa initiieren kann. Hierfür sei der politische Wille erforderlich.

Es wird der folgende Beschluss gefasst:

Der ASWDG gibt dem Hauptausschuss und Rat die folgende **Beschlussempfehlung**:

1. Der Gleichstellungsplan 2023 – 2028 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird beschlossen.
2. Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob eine Förderung bzw. ein Ausbau von Kita-Plätzen für städtische Beschäftigte möglich ist.
3. Die Förderung der Frauen in Führungspositionen soll auf der Ebene des Verwaltungsvorstandes verstärkt in den Blick genommen werden.
4. Die Verwaltung wird gebeten, das Führen in Teilzeit in Form des Top Sharing verstärkt zu fördern.

**Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.**

## **7. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

Herr Krasniqi teilt mit, dass für die aus dem Integrationsrat ausgeschiedene Frau Johanna Satler Frau Handan Cetinkaya-Roos als dritte Stellvertretung gewählt wurde.

In eigener Sache berichtet Herr Krasniqi, dass er sein Amt als Vorsitzender des Integrationsrates zur Verfügung stellen werde und aus dem Integrationsrat ausscheide. Somit werde er auch kein Mitglied mehr im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann sein. Er werde für den verstorbenen Herrn Michael Zalfen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach mitarbeiten.

Die Ausschussvorsitzende Frau von Berg bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder des ASWDG für die gute, kompetente und immer sachorientierte Arbeit von Herrn Krasniqi.

### **7.1. Sachstandsbericht zur Bürgersprechstunde des Integrationsrats 0187/2023**

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

### **7.2. Entsendung eines Integrationsratsmitglied in den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**

0200/2023

Folgendes Mitglied wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss ASWDG gewählt

**Herr Ahmad Shehab.**

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**7.3. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Projekts "10+1 Bäume"**

0220/2023

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**8. Positionspapier zum Zandersareal**

0085/2023

Herr Dr. Adler teilt mit, dass sich der Seniorenbeirat sehr darüber gefreut habe, dass seine Interessen als Vertreter der Senioren der Stadt Bergisch Gladbach so repräsentiert werden können.

Frau von Berg fragt nach, ob der ASWDG dem Ausschuss für die Konversion des Zanders-Gelände nicht die ausdrückliche Empfehlung geben solle, die vom Seniorenbeirat aufgeführten Punkte zu unterstützen.

Hierin erhielt sie Unterstützung durch Frau Mehls.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann erachtet das Positionspapier des Seniorenbeirates als sehr unterstützenswert und bittet den Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes diese Punkte in die Planungen mitaufzunehmen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**9. Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**

0199/2023

Frau Engelberth teilt mit, dass der Bericht sich von den Berichten, die bisher erstellt wurden darin unterscheidet, dass hier noch einmal ein besonderes Augenmerk auf die Betreuung der, in den Unterkünften, untergebrachten Kindern gelegt wurde. Exemplarisch dargestellt an den großen Unterkünften.

Des Weiteren gibt sie die tagesaktuellen Flüchtlingszahlen bekannt:

Die Gesamtkapazität liege zurzeit bei	1274
Davon sind Plätze belegt mit	1160
Ukrainischen Kriegsflüchtlingen (hierin enthalten sind auch Flüchtlinge aus Drittstaaten, die sich zu Beginn des Krieges in der Ukraine aufgehalten haben)	515
Geflüchtete anderer Nationen	645
In der Hermann-Löns-Halle befinden sich zurzeit Ukrainische Flüchtlinge	84
Im Carpark, Lückerrath	120
In der Senefelderstraße wird	1

minderjähriger Flüchtling betreut, der dem Jugendamt zugeordnet ist.

Frau Engelberth bittet darum, die Zahlen zur nächsten Sitzung nur mündlich vortragen zu dürfen, da die Sitzung bereits am 01.06. stattfindet, was terminlich sehr eng ist. Damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

#### **11. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Opiela, die ehrenamtlich in der Obdachlosenhilfe Köln arbeitet fragt nach, ob die Verwaltung eine Aussage dazu treffen könne, wie viele Obdachlose es in Bergisch Gladbach geben würde, wie diese untergebracht seien und wie die Altersstruktur sei. In Köln sei es so, dass die Obdachlosen immer mehr und immer jünger werden.

Frau Engelberth teilt mit, dass ihr die Zahlen vorliegen, sie diese im mündlichen Bericht nur vergessen habe mitzuteilen:

Die Kapazität an Plätzen liegt bei	150
Die aktuelle Bewohnerzahl liegt bei	120

Zahlen zur Altersstruktur liegen ihr konkret nicht vor, aber sie habe selbst auch den Eindruck, dass die Obdachlosen jünger seien, als das früher übliche Klientel. Auch die psychischen Beeinträchtigungen seien erheblich gestiegen und hier seien die Kapazitäten zur Unterbringung sehr gering. Frau Engelberth sichert zu, dass sie für den Ausschuss nach den Sommerferien bzw. im Herbst gerne eine Vorlage hierzu erstellen kann.

Herr Klaas erfragt noch, wie „jüngere“ Obdachlose definiert werden können.

Dazu teilt Frau Engelberth mit, dass mit „jüngeren“ Obdachlosen Personen gemeint seien, die Mitte bis Ende 20 seien. Häufig mit Drogenproblematik oder einer psychischen Erkrankung.

**Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18:05 Uhr geschlossen.**

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

---

gez. Gabriele von Berg  
Ausschussvorsitzende

---

gez. Monika Koppe  
Schriftführung



## TEILNAHMEVERZEICHNIS

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und  
Gleichstellung von Frau und Mann

<b>Sitzungsort:</b> Rathaus Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Glad- bach	<b>Sitzungstag:</b>  <b>27.04.2023</b>	<b>Sitzungsdauer:</b>  17.00 – 18:10	
<b>Ausschussmitglied:</b>	<b>Vertreten durch:</b>	<b>Anwesen- heit von - bis:</b>	<b>Unterschrift</b>
<b>CDU</b>			
Hildner, Thomas		17.00 – 18.10	anwesend
Opiela, Brigitta		17.00 – 18.10	anwesend
Lehnert, Elke		17.00 – 18.10	anwesend
von Berg, Gabriele (Vorsitzende)		17.00 – 18.10	anwesend
Cöcü, Güven (s. B.)		17.00 – 18.10	anwesend
Weber, Jörg (s. B.)		17.00 – 18.10	anwesend
<b>Grüne</b>			
Bollen, Markus	<b>van Loon, Peter</b>	17.00 – 18.10	

<b>Ausschussmitglied:</b>			<b>Unterschrift</b>
Schmidt, Helmut (s. B.)		17.00 – 18.10	anwesend
Dettmar, Rainer (s. B.)	<b>Dr. Steinmetzer, Anna</b>	17.00 – 18.10	
Klupp, Martina		17.00 – 18.10	anwesend
<b>SPD</b>			
Holz-Schöttler, Brigitte	<b>Klaas, Dominik</b>	17.00 – 18.10	
Stauer, Ute		17.00 – 18.10	anwesend
Mehls, Christine		17.00 – 18.10	anwesend
<b>FDP</b>			
Dr. Rieband, Gabriele		17.00 – 18.10	anwesend
<b>AfD</b>			
Cremer, Frank		17.00 – 18.10	anwesend
<b>Bergische Mitte</b>			
Kunze, Thomas (s. B.)		17.00 – 18.10	anwesend
<b><u>Beratende Mitglieder</u></b>			
<b>FWG</b>			
Steinbrecher, Vitali (s. B.)		17.00 – 18.10	anwesend
<b>Integrationsrat</b> Krasniqi, Kastriot		17.00 – 18.10	anwesend

<b>Inklusionsbeirat</b> N.N.			
<b>Seniorenbeirat</b> Gitschier-Piepenbrock, Hildegard	<b>Dr. Adler, Alfons</b>	17.00 – 18.10	

<b>Verwaltung</b>		
Migenda, Ragnar		anwesend
Hellwig, Sabine	entschuldigt	
Klaßen, Judith		anwesend
Engelberth, Simone		anwesend
Tillmann, Uwe		anwesend
Koppe, Monika Schriftführung		anwesend

27.04.2023

gez. Monika Koppe  
Schriftführung



**Bündnis für Vielfalt und Chancengleichheit in Bergisch Gladbach**  
im Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach

**Brigitta Opiela**

Mitglied im Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach - Der Bürgermeister  
FB 5 - Jugend und Soziales  
Geschäftsstelle Integrationsrat / Integrationsbeauftragte  
An der Gohrsmühle 18  
51465 Bergisch Gladbach

21.03.2023

**Antrag: Einrichtung eines Runden Tisches des Integrationsrates der Stadt Bergisch Gladbach**

Sehr geehrte Frau Schorn,

der Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach versteht sich als Schnittstelle zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadtgesellschaft und möchte in dieser Rolle auch vermittelnd wirken.

Um die Bedarfe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Stadtgesellschaft kennenzulernen und lösungsorientierte Projekte und Angebote entwickeln zu können, ist die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren wie des Integrationsrates, Ehrenamtlichen, Stadtverwaltung und Migrantenselbstorganisationen von großer Bedeutung. Dadurch können Herausforderungen erkannt und lösungsorientierte Wege gegangen werden.

Frau Brigitta Opiela, Mitunterzeichnerin des Antrags, hat dieses Vorhaben bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung zwischen Frau und Mann am 23.02.2023 mündlich vorgebracht.

Die Integration der bereits hier lebenden Menschen und die von neu Zugewanderten stellt uns als Kommune zunehmend vor immer größeren Herausforderungen, die wir allerdings nach wie vor bereit sind zu bewältigen. Damit dies jedoch gelingt, sollen alle Akteure der Stadtgesellschaft vereint zusammenwirken und Ideen und Lösungsmöglichkeiten entwickeln, das Zusammenleben der Menschen in Bergisch Gladbach, unabhängig der Herkunft, besser zu gestalten.

Wir bitten Sie daher, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Integrationsrates zu setzen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen runden Tisch einzurichten, der sich um die Belange der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte kümmert. Der Runde Tisch soll zweimal jährlich einberufen werden. Der erste Runde Tisch soll im Juni 2023 und der zweite im Oktober 2023 durchgeführt werden. Thematisch soll der erste Runde Tisch die aktuelle Flüchtlingssituation aufgreifen.

Sowohl die Stadtverwaltung als auch der Integrationsrat wirken gleichberechtigt an der Durchführung und Planung des Runden Tisches mit und sind berechtigt Interessengruppen vorzuschlagen. Der Integrationsrat beabsichtigt folgende Vertreterinnen und Vertreter zum Runden Tisch vorzuschlagen:

die Migrantenselbstorganisationen in der Stadt Bergisch Gladbach, das Ehrenamt/Vertretung aus dem Ehrenamt, die Stadtverwaltung, die Fraktionen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach, das Kommunale Integrationszentrum des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Caritas und das Deutsche Rote Kreuz.

Die dazu benötigten Haushaltsmittel sollen aus dem Integrationskonzept des Integrationsrates bereitgestellt werden.

Ferner beantragen wir den Antrag auch dem Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung zwischen Frau und Mann und dem Stadtrat im Anschluss der Sitzung des Integrationsrates zuzuleiten.

Weitere Ausführungen erfolgen durch die Antragssteller in der nächsten Sitzung des Integrationsrates am 20.04.2023.

Mit freundlichen Grüßen

Kastriot Krasniqi  
Vorsitzender Integrationsrat



Redouan Töllih  
2. Stellv. Vorsitzender Integrationsrat



Brigitta Oplela  
3. Stellv. Vorsitzende Integrationsrat

Handan Cetinkaya-Roos  
Mitglied Integrationsrat



Adnan Ljura  
Mitglied Integrationsrat



## **Gesprächsnotiz zum Treffen an der Gnadenkirche am Freitag, den 24.03.2023**

**Thema:** Standortsuche und Klärung, ob es einen geeigneten Ort auf dem Friedhof bzw. an der Gnadenkirche gibt, um einen Erinnerungsort für die NSU – Opfer zu schaffen (Pflanzung von 10+1 Obstbäumen)

**Teilnehmer:innen:** Frau Cetinkaya- Roos und Frau Opiela, (Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach); Herr Müller (Obstwiesenverein); Frau Trauti Schumacher, Herr Büscher (Friedhof) Herr Norbert Wingensiefen, Frau Pfr. Margot Hennig haben sich am 24.03.2023 zu einem Gespräch auf dem Friedhof bzw. an der Gnadenkirche getroffen. Frau Cetinkaya-Roos berichtet von den Hintergründen für das Projekt. Die Teilnehmer entschieden sich einstimmig gegen eine Realisation auf dem Friedhof. Die Flächen auf dem Friedhof sind zu klein oder aus anderen Gründen ungeeignet.

**Erinnerungsort:** Die Teilnehmer favorisieren für das Projekt eine Fläche unterhalb des Pfarrhauses in Richtung Stadtmitte. Eine mögliche Variante ist die Pflanzung im Verlauf der Straße Quirlsberg, beginnend etwa mit der „oberen“ Parkbank.

Eine wirksamere, bessere Idee ist es, die Pflanzung der Obstbäume als Allee, links und rechts vom Fußweg in Richtung Kirchgarten, zu planen. Die Teilnehmer befürworten einvernehmlich diese Variante.

### **Vertragliche Voraussetzungen und Inhalte eines Vertrages mit dem Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach, um die Pflanzaktion abwickeln zu können:**

- Pflanzung links vom Weg Kronenhöhe maximal 2 Meter vom Weg aus
- Pflanzung rechts vom Weg Kronenhöhe maximal 2 Meter vom Weg aus
- Die Sichtachsen zur Gnadenkirche sollen erhalten bleiben
- Der erste Pfarrbezirk der Gemeinde gestattet die Bepflanzung auf dem Grundstück
- Sowohl die Kosten, als auch die Beschaffung, Pflanzung und die dauerhafte Pflege der Bäume liegt in der Verantwortung des Integrationsrates der Stadt Bergisch Gladbach
- Der Integrationsrat trägt die Kosten für den eventuell notwendigen Ersatz der Bäume
- Der Integrationsrat erhält die Möglichkeit eine Gedenktafel / Hinweistafel aufzustellen
- Die Vereinbarung ist vorläufig unbefristet
- Beide Vertragsparteien erhalten ein Kündigungsrecht aus wichtigem Grund\* nach einer Mindestlaufzeit von 5 Jahren, beginnend ab dem Jahr des Vertragsabschlusses, jeweils zum 31.12. des folgenden Jahres. Die genutzten Flächen sind dann wieder von der Stadt GL herzustellen (aus wichtigem Grund z.B. eigener Flächenbedarf der Gemeinde, Änderung der Nutzung des Grundstücks kann der Vertrag aufgehoben werden)

In Zusammenarbeit erstellen -der Integrationsrat vertreten durch Frau Cetinkaya-Roos und Frau Opiela im engen Austausch mit Herrn Wingensiefen- in Abstimmung mit allen o.g. Teilnehmern baldmöglichst einen Vertragsentwurf, der alle o.g. Inhalte berücksichtigt. Herr Wingensiefen informiert den Bezirksausschuss und setzt das Presbyterium in Kenntnis.

**Zeitpunkt und Realisierung der Pflanzaktion:** Nach Möglichkeit sollte das Projekt im Spätsommer oder Herbst 2023 (spätestens) realisiert werden. Ein genaues Datum wird in Absprache aller beteiligten baldmöglichst festgelegt.

**Öffentlichkeitswirksame Pflanz-Aktion:** Über die Öffentlichkeitsarbeit stimmen sich die o.g. Teilnehmerinnen eng und einvernehmlich ab.

Für das Protokoll:

Norbert Wingensiefen



## **Antrag zur Erweiterung eines Angebotes in der sexuellen Bildung und Prävention an weiterführenden Schulen in Bergisch Gladbach durch eine Honorarkraft bei Donum Vitae Rheinberg e.V.**

### **Informationen zu Donum Vitae Rheinberg e.V.**

Donum Vitae Rheinberg e.V., im Folgenden dv benannt, ist seit der Gründung im Jahr 2000 staatlich anerkannte Schwangerschaftsberatungsstelle im Rheinisch-Bergischen Kreis. Wir teilen uns diese Aufgabe mit pro familia und decken von daher den südlichen Teil des RBK ab. Auf Grundlage der gesetzlich geregelten Schwangerschaftskonfliktberatung stellt dv die Beratung in der Region und vor Ort mit folgenden Leistungen sicher:

- berät bei allen Fragen rund um Schwangerschaft, Geburt und die ersten drei Jahre nach der Geburt eines Kindes,
- spricht mit Frauen und Männern über Fragen zur Partnerschaft, Sexualität und Verhütung,
- unterstützt durch Abgabe von Verhütungsmitteln aus dem Verhütungsmittelfonds für geflüchtete Frauen,
- erfüllt den gesetzlichen Auftrag zur ergebnisoffenen Schwangerschaftskonfliktberatung nach § 219 StGB,
- begleitet nach dem Verlust eines Kindes und nach einem Schwangerschaftsabbruch,
- unterstützt bei Fragen zu Pränataldiagnostik und Kinderwunsch, wie auch bei traumatischer Geburt,
- ermöglicht sexuelle Bildung an Schulen, die für Jungen durch einen männlichen Berater geleistet wird, den wir als Honorarkraft beschäftigen. Die finanziellen Mittel hierfür stellt der RBK zur Verfügung. Allerdings ist der Bedarf an den Schulen in Bergisch Gladbach bei weitem größer als wir abdecken können.

Der Bedarf an Beratung ist während der letzten Jahre stetig gestiegen. Im Kontakt mit Frauen und Paaren zeigen sich neue Beratungsformate und erweitern das Angebot. Im Jahr 2022 hatten wir die meisten Beratungen pro Jahr seit der Gründung von dv zu verzeichnen, bei unverändertem Stellenschlüssel.

### **Antrag**

Zur Erweiterung unseres Angebotes in der sexuellen Bildung an Schulen in Bergisch Gladbach für männliche und weibliche Jugendliche möchten wir eine zweite Honorarkraft mit dieser Aufgabe beschäftigen. Ein besonders wichtiges Ziel in der sexuellen Bildung ist für uns die Prävention ungewollter Schwangerschaften.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach möge deshalb beschließen, Donum Vitae Rheinberg e.V. jährlich mit 12.500 € für dieses Projekt zu unterstützen.

### **Begründung**

Im Mittelpunkt eines Angebotes in der sexuellen Bildung stehen Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsfindung. Sexuelle Bildung ist ein Aspekt des schulischen Bildungsauftrags und Teil von Lehrplänen in den verschiedenen Schulformen. Außerschulische Facheinrichtungen mit besonders qualifizierten Mitarbeiter\*innen sind geschätzte Partner an Schulen und häufig mit ihrem Angebot im

Schulprogramm verankert. Besonders im Bereich der sexuellen Bildung kommt außerschulischen Fachkräften eine besondere Bedeutung zu. Sie arbeiten in enger Kooperation mit Klassen- und Fachlehrer\*innen, aufgrund ihrer besonderen Rolle können sie einen geschützten Rahmen schaffen, um über Sexualität zu sprechen. Sie ergänzen den Unterricht und ermöglichen weiblichen und männlichen Jugendlichen getrennt voneinander in eigenen Gruppen den Austausch über die eigene Sexualität, besonders innerhalb dieses Themenfeldes entlasten sie Lehrer\*innen, die auch stets auch in der Rolle sind, Schülerinnen und Schüler in ihren Leistungen zu bewerten.

Bisher sind die beiden Berufskollegs in Bergisch Gladbach ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Bereich der sexuellen Bildung. Hier können bisher besonders männliche Jugendliche angesprochen werden. Die Mädchengespräche der Berufskollegklassen wurden bisher je nach zeitlichen Möglichkeiten von den Beraterinnen unserer Beratungsstelle übernommen. Bei den – wie bereits erwähnten – steigenden Beratungszahlen, aber gleichbleibendem Personalstundenschlüssel, wird dies in Zukunft immer weniger möglich sein. Der Bedarf im Bereich der sexuellen Bildung wächst auch angesichts der steigenden Zahl geflüchteter junger Menschen weiter stark an. Bei Jugendlichen mit Migrationsgeschichte ist zudem die Notwendigkeit, sexuelle Bildung geschlechtergetrennt und mit einem männlichen Sexualpädagogen für die Jungen bzw. einer Sexualpädagogin für die Mädchen anzubieten, besonders wichtig. Die Erfahrung zeigt, dass sie im Elternhaus meist wenig bis keine fundierten Informationen über Verhütungsmittel erhalten und Sexualität kein Gesprächsthema ist.

Mit einer zweiten Honorarkraft möchten wir insbesondere Mädchen in diesen Themen stärken:

- Umgang mit der eigenen Sexualität,
- Bewusstmachen von Wünschen und selbstbestimmten Entscheidungen,
- Fragen zu Beziehungsformen, Partnerschaft
- verantwortlicher Umgang mit Sexualität
- Verhütungskompetenz

Die Jugendlichen sollen die Beratungsstelle kennenlernen, wo sie umfassend beraten werden und sich mit allen Fragen zur Sexualität wenden können, nicht nur im Konflikt einer ungewollten Schwangerschaft – die wir durch unsere Präventionsarbeit mittels sexueller Bildung möglichst verhindern möchten.

